

**FORMBLATT**  
**Sonstige Vorhaben**

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	5. Änd. Flächennutzungsplan z. BP Nr. E 48 "Neue Feuerwache Elstal" Gemeinde Wustermark, LK HVL
Ansprechpartner*In: Referat: Telefon: E-Mail: Aktenzeichen: (intern)	Maik Gruber T21 03391 838 537 TOEB@LfU.Brandenburg.de Stn. N030/23 T21

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

<b>Fachliche Stellungnahme</b>
<b>1. Benennen und Kurzbeschreibung des Vorhabens</b>
Die Gemeinde Wustermark plant im Zuge des B-Plans Nr. E 48 „Neue Feuerwache Elstal“ die Anpassung ihres FNP <sup>1</sup> . Betroffen von der Änderung ist eine Fläche im Nordwesten des Ortsteils Elstal, welche bisher unbebaut ist. Der Änderungsbereich wird im aktuellen FNP als Grünfläche mit der Zweckbestimmung Sportplatz aufgeführt, künftig soll der Bereich als Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Feuerwehr sowie als Sukzessionsfläche und sonstige Biotopfläche gekennzeichnet werden. Die Flächengröße des Änderungsbereichs umfasst ca. 8,2 ha und umfasst die Flurstücke 24 und 39 der Flur 1, das Flurstück 11/1 der Flur 2, Teilflächen der Flurstücke 17, 18, 19 und 23 der Flur 1 sowie Teilflächen der Flurstücke 80 und 415 der Flur 2 der Gemarkung Elstal.
<b>2. Fachstellungnahme mit Benennung der gesetzlichen Grundlage (Begründung)</b>
<u>Rechtsgrundlage</u> Gemäß § 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) <sup>2</sup> sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen so weit wie möglich vermieden werden. Mögliche schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG können Lärm, Staub, Gerüche, Luftschadstoffe, elektromagnetische Felder, Licht, Erschütterungen etc. darstellen. Hinsichtlich des

<sup>1</sup> FNP - Flächennutzungsplan

<sup>2</sup> Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG) vom 15.03.1974, zuletzt geändert durch Artikel 11 Absatz 3 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 202)

Lärms maßgeblich sind die Orientierungswerte des Beiblatts 1 der DIN 18005, Teil 1, bei einwirkendem Anlagenlärm die Richtwerte der Nr. 6.1 der TA Lärm<sup>3</sup>. Bei der Errichtung baulicher Anlagen entstehender Lärm ist entsprechend der Vorgaben der AVV Baulärm<sup>4</sup> zu beurteilen, die Bewertung von Staubbeeinträchtigungen, Gerüchen und einwirkenden Luftschadstoffen erfolgt anhand der TA Luft<sup>5</sup>. Mögliche Beeinträchtigungen durch Lichtimmissionen werden anhand der Lichtleitlinie<sup>6</sup>, Erschütterungen anhand der Erschütterungs-Leitlinie<sup>7</sup> ermittelt. Hinsichtlich der elektromagnetischen Felder und deren Störwirkung liegt die Zuständigkeit beim Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG).

#### Planumfeld

Das Plangebiet liegt im Nordwesten des Ortsteils Elstal und ist derzeit unbebaut. Es wird Richtung Westen durch die Bahnhofstraße und Richtung Norden, Osten und Süden durch weitestgehend ungenutzte und durch Ruderalvegetation geprägte Flächen abgegrenzt. Weiterhin grenzen im Westen und Norden Bahnstrecken der DB an. Die nächstgelegenen schutzwürdigen Bebauungen sind das Gewerbegebiet südlich des Änderungsbereichs in ca. 30 m sowie die Eisenbahnersiedlung östlich des Änderungsbereichs in ca. 200 m Entfernung.

#### Immissionssituation

Vom Änderungsbereich gehen bei üblicher Nutzung Emissionen aus, die auch grundsätzlich geeignet wären, in angrenzenden schutzwürdigen Gebieten zu Überschreitungen von Grenz-, Richt- oder Orientierungswerten zu führen. Auf Grund der konkreten örtlichen Gegebenheiten werden durch die Änderungen jedoch keine unzulässigen Beeinträchtigungen verursacht.

Auf das Gebiet wirken im Wesentlichen Geräuschimmissionen durch den Schienenverkehr auf den westlich und nördlich angrenzenden Bahnstrecken sowie durch den Straßenverkehr auf der Bahnhofstraße, darüber hinaus Gewerbelärm durch das südlich gelegene Gewerbegebiet. Im Rahmen der weiteren Bauleitplanung sind hierzu vertiefende Angaben erforderlich.

In einem zu beachtenden Abstand zur Erweiterungsfläche befinden sich keine mir bekannten Anlagen, welche den Anforderungen der 12. BImSchV<sup>8</sup> unterliegen.

#### Umweltbericht

Hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes sind die Schutzgüter Mensch/menschliche Gesundheit sowie Klima und Luft maßgeblich. Dem gewählten Ansatz kann, soweit er bereits dargestellt wurde, gefolgt werden.

<sup>3</sup> Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm) vom 26. August 1998 (GMBI Nr. 26/1998 S. 503), zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 01.06.2017 (BAnz AT 08.06.2017 B5)

<sup>4</sup> Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm – Geräuschimmissionen – vom 19. August 1970 (Beilage zum BAnz Nr. 160 vom 1. September 1970)

<sup>5</sup> Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft – TA Luft) Vom 24. Juli 2002, GMBI. 2002, Heft 25 – 29, S. 511 – 60, neu gefasst am 18.08.2021 (GMBI Nr. 48-54/2021 S. 1050ff)

<sup>6</sup> Leitlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014, (ABl./14, [Nr. 21], S.691), geändert durch Erlass des MLUK vom 17. September 2021, (ABl./21, [Nr. 40], S.779)

<sup>7</sup> Leitlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014, (ABl./14, [Nr. 21], S.691), geändert durch Erlass des MLUK vom 17. September 2021, (ABl./21, [Nr. 40], S.779)

<sup>8</sup> Zwölfte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfall-Verordnung - 12. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. März 2017 (BGBl. I S. 483), zuletzt geändert durch Artikel 107 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328)

**Fazit**

Ausgehend von Standortlage und Nutzungsbestand wird die vorgelegte Planung seitens des vorbeugenden Immissionsschutzes als realisierbar eingeschätzt. Immissionskonflikte sind nach jetzigem Kenntnisstand nicht zu erwarten bzw. lösbar. Somit kann dem Vorhaben hinsichtlich der hier zu vertretenden Belange des Immissionsschutzes zugestimmt werden.

Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen. Weiterhin wird um eine Anzeige zum Inkrafttreten des Planes bzw. die Erteilung der Genehmigung gebeten.

Maik Gruber

Dieses Dokument wurde am 16.01.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.